

## Video-Podcast der Bundeskanzlerin #05/2016

---

06. Februar 2016

Die Fragen stellte Chiara Rossetto, Studentin der Politik- und Islamwissenschaften aus Erzhäusen/Hessen.

### **Chiara Rossetto:**

*Frau Bundeskanzlerin, der irakische Ministerpräsident Haider al-Abadi kommt zu Besuch nach Deutschland. Welche gemeinsamen Ziele Deutschlands und Iraks bei der weiteren Zusammenarbeit gegen den sogenannten IS wollen Sie bei dieser Gelegenheit unterstreichen?*

### **Bundeskanzlerin Merkel:**

Ja, ich freue mich auf den Besuch von Premierminister Al-Abadi. Es ist ja eine nicht ganz einfache Lage im Irak. Wir sind vor allen Dingen dafür, dass die territoriale Integrität des Iraks erhalten bleibt; dass wir aber natürlich alles tun, um erfolgreich im Kampf gegen den IS zu sein, aber auch wirtschaftlich dem Irak zu helfen. Denn wir haben durch die sehr niedrigen Erdölpreise auch eine sehr, sehr schwierige finanzielle Situation im Irak. Wir haben Erfolge im Kampf gegen den IS zu verzeichnen. Es geht jetzt darum, den Menschen auch die Rückkehr in die befreiten Städte zu ermöglichen. Das ist bei Tikrit schon recht gut gelungen. Jetzt geht es um Ramadi – dass dort Ähnliches passieren kann und dass auch wieder ein Stück Hoffnung entsteht. Und natürlich geht es auch um die humanitäre Lage vieler, vieler Flüchtlinge, gerade im Nordirak.

*Auch die Bundeswehr ist ja an der Ausbildung von Soldaten im Irak beteiligt. Wie wichtig ist eine Stabilisierung des Iraks im Hinblick auf die Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise? In welchen Bereichen, abgesehen vom Militärischen, halten Sie es für notwendig, die irakische Regierung auf lange Sicht zu unterstützen?*

Ja, ich sagte ja schon, dass wir gerade alles daran setzen müssen, dass Menschen Hoffnung haben. Das heißt, dass es Arbeitsplätze gibt, dass die wirtschaftliche Entwicklung vernünftig ist. Dort, wo sehr viele Flüchtlinge sind, ist natürlich erst einmal humanitäre Hilfe notwendig. Das tun wir auch in den großen Flüchtlingslagern, die es im Nordirak gibt, und auch durch viele Aufbauprojekte. Wir hatten ja vor wenigen Tagen die Geberkonferenz in London, wo es auch um humanitäre Hilfe, aber auch um Beschulung von Kindern, um Ausbildung für Menschen geht. Und unsere Programme vom Entwicklungsministerium gelten nicht nur für Jordanien, Libanon und die Türkei, sondern schließen auch den Nordirak mit ein. Außerdem arbeiten wir politisch in der Stabilisierungsgruppe, die also schon Vorkehrungen für die Zeit nach dem Kampf gegen den IS führt. Und gleichzeitig versuchen wir eben auch, den Kampf gegen den IS militärisch erfolgreich zu unterstützen. Und das heißt im Nordirak vor allen Dingen: Ausbildung der Peschmerga. Es konnten international – und Deutschland spielt dabei eine wichtige Rolle – schon 6.600 Kämpfer ausgebildet werden. Diese Unterstützung wird von unseren Bundeswehrsoldaten in Erbil auch – auf der Grundlage eines Bundeswehrmandats – ausgeübt.

*Unter den Flüchtlingen in Deutschland sind ja auch viele Iraker. Am vergangenen Wochenende haben Sie betont, der Aufenthalt vieler Flüchtlinge sei befristet, und es sei zu erwarten,*

*dass sie in ihre Heimat zurückkehren, wenn in Syrien und im Irak wieder Frieden herrscht. Welcher Anreiz bleibt diesen Flüchtlingen, sich beispielsweise durch Sprachkurse zu integrieren, wenn Unsicherheit über ein dauerhaftes Bleiberecht besteht?*

Sowohl die Flüchtlinge aus Syrien also auch die Flüchtlinge aus dem Irak haben ja eine sehr gute Bleibeperspektive, solange die Situation so ist. Das heißt, sie werden Integrationskurse bekommen. Und alles, was man lernt, ist doch immer im Leben von Nutzen. Das heißt, wir können heute weder absehen, wie die politische Situation in einigen Jahren ist. Und deshalb kann ich jeden nur ermuntern, das, was man lernen kann, auch hier aufzunehmen – Sprache, aber auch Berufsausbildung, wenn es möglich ist, oder Praktika. Wir haben gleichzeitig Initiativen ergriffen, zum Beispiel vom Technischen Hilfswerk, junge Menschen aus Syrien und dem Irak auch auszubilden, was Fähigkeiten zum Wiederaufbau von Infrastrukturen und von Häusern anbelangt. Denn wir wissen ja alle, dass letztendlich die Menschen alle unfreiwillig ihre Heimat verlassen – vor Krieg, vor Terror –, und wir haben jetzt schon einige Iraker, die wieder zurückgehen, wenn ihre Städte befreit sind. Und deshalb wollen wir – sozusagen – das Beste hier in der Zeit auch anbieten, um Integration möglich zu machen, aber die Möglichkeit, in die Heimat zurückzukehren, wenn Frieden ist, die bleibt natürlich bestehen.

*Deutschland begreift seine Unterstützung des Iraks gegen den sogenannten IS nicht nur als eine militärische, sondern, etwa durch die Aufnahme von Flüchtlingen, auch als eine humanitäre. Wie wichtig ist es, diese zweigleisige Außenpolitik anderen EU-Staaten zu vermitteln, und wie könnte eine „europäische Lösung“ der Flüchtlingskrise aussehen?*

Es ist in der Tat wichtig, dass wir eine gemeinsame Strategie haben. Ich glaube, die ist im Grundsatz aber auch da: dass wir humanitäre Aspekte haben, aber auch militärische Aspekte. Auf jeden Fall sind sich alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union einig, dass wir die Außengrenze besser schützen müssen. Und das gelingt uns im Augenblick dort, wo wir Wassergrenzen haben, eben nicht sehr gut. Und deshalb setze ich mich dafür ein, eine Lösung mit der Türkei zusammen zu finden. Und das bedeutet dann aber natürlich auch, dass wir bereit sein müssen, wenn wir illegalen Menschenhandel, muss man ja sagen, oder Schmuggeln von Menschen, wenn wir das unterbinden wollen, dass wir auch legal bereit sein müssen, Kontingente von Flüchtlingen aufzunehmen und auch unseren Teil der Aufgabe zu tragen. Ich glaube, Europa kann sich da nicht vollkommen heraushalten. Wichtig ist, dass wir der Türkei zum Beispiel ja auch Unterstützung für die Beherbergung und die Bildung von Flüchtlingen gegeben haben – in Form von drei Milliarden Euro im EU-Türkei-Aktionsplan. Wir müssen unsere Außengrenze schützen, weil wir Schengen erhalten wollen. Wenn wir die Außengrenze nicht schützen können, gerät dieser freie Bewegungsraum im Binnenmarkt, der Grundlage auch unseres Wohlstands ist, in Gefahr. Und das muss verhindert werden. Und ich glaube, da sind sich alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union einig.